

**Das Geld, das „Giralgeld“, das Kapital, der Zins  
und  
die Produktionsfaktoren  
haben schon viele kluge Köpfe verwirrt**

Begleitschreiben  
zu meiner Aussendung  
vom Ende Mai

Tristan Abromeit

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

# Tristan Abromeit

[abromeit@t-online.de](mailto:abromeit@t-online.de)

Ende Mai 2006

## Begleitschreiben

zu meiner Aussendung:

**Das Geld, das „Giralgeld“, das Kapital, der Zins und die Produktionsfaktoren haben schon viele kluge Köpfe verwirrt**, 1. Mai 2006, als Ausdruck oder / und als CD-Rom

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich begann, mich mit dem Taschenbuch von Oswald von Nell-Breuning und J. Heinz Müller mit dem Titel *vom Geld und vom Kapital* auseinander zu setzen und sich das Bedürfnis in mir entwickelte, anderen an meine Auseinandersetzung teilhaben zu lassen, dachte ich vor allem an Studenten und Menschen, die nicht durch ihre soziale Rolle oder ihr öffentliches Amt auf bestimmte Sichtweisen gesellschaftlicher Zustände verpflichtet sind und sich daher ein Mindestmaß an Offenheit gegenüber neuen oder auch alten Gedanken erhalten haben.

Die in dieser Aussage enthaltene Einschätzung von Personen der Öffentlichkeit sind im Einzelfall sicher Fehlbeurteilungen vorhanden, 1. schon wegen der Unmöglichkeit, die Haltung dieser Mitbürger in jedem Einzelfall überprüfen zu können und 2. weil jene Bürger, die als Amtsinhaber eine geschlossene Vorstellung unserer gesellschaftlichen Problemen haben müssen, privat unvoreingenommen und flexibel sein können und vielleicht heimlich von der Selbstverachtung wegen ihrer Unterordnung unter ihre Amtsmeinung geplagt werden.

Diese Anmerkung ist keine Zeilenschinderei, die ich hier betreibe – ich werde nicht für meine Schreiberei bezahlt, sondern zahle für die damit verbundenen Kosten -, sondern der erneute Versuch zu verdeutlichen, daß nicht die politischen oder gewalttätigen Extremgruppen unser eigentliches Problem sind, sondern die mangelhafte politische Leistung unserer Würdenträger

und Amtsinhaber, die man als Gruppe der politische Mitte zusammenfassen kann.

Heute am 29. Mai berichtet die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) mit Bild über den Besuch des Papstes Benedikt XVI in Auschwitz. Dieser Besuch und das Grauen, für das der Name Auschwitz steht, hätte nicht sein müssen. Nach Nahum Goldmann (Mein Leben ...) war die Weimarer Republik eine hohe Zeit des Judentums in Deutschland. Also kann nicht der Antisemitismus – den Deutschland mit der westlichen Welt teilte und zum wesentlichen Teil auf eine Fehldiagnose ökonomischer Probleme beruhte – nicht die Ursache für den Sieg der kruden Idee des Nationalsozialismus gewesen sein. Neben den politischen Dummheiten der Siegermächte des 1. Weltkrieges war es die Blindheit der Demokraten (besonders der Sozialdemokraten), der Sozialwissenschaftler (besonders der Wirtschaftswissenschaftler) und daneben, die der Vertreter von Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Kirchen, die die Weimarer Republik schrottreif und für die Nazis übernahmefähig gemacht haben. Dahinter stand aber keine Böswilligkeit, sondern nur die mangelnde Einsichtsfähigkeit in den Ausspruch von Lenin: „Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muss man ihr Geldwesen verwüsten.“ (Wikipedia)

Die falsche Geldverfassung und das falsche Bodenrecht - die Fundamente des Kapitalismus und damit die ständige Gefährdung der Freiheit stiftenden Marktwirtschaft - werden aber immer noch von einer einsichtsunwilligen politischen Mitte gestützt. Daß dadurch nicht nur wesentlich unsere gesellschaftlichen Probleme produziert werden, sondern andernorts mehr Menschen pro Jahr sterben müssen wie unter dem NS- und dem Stalinregime wird geflissentlich übersehen. Dem Volk, das nach Orientierung in unübersichtliche Zeiten dürstet, werden nicht die strukturellen Probleme und deren Lösungen erklärt, sondern es wird mit falschen Parolen abgefüttert und die Wut, die aus der Enttäuschung kommt, wird wieder auf eine Personengruppe gelenkt. Bei den Nazis war es die Juden und heute sind es (bei aller sonstigen Unvergleichbarkeit) die Rechten. Damit sage ich kein gutes Wort über die Erscheinung und die Taten von Rechtsextremisten, sondern ich verweise nur auf die Gefahr, die darin besteht, wenn man die Ursachen für gesellschaftliche Probleme an dem falschen Ort vermutet und sucht und vom eigenen Versagen ablenkt.

Was will der DGB? Wer auf dem Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in dieser Woche nach politischen Signalen suchte, muss an der Beantwortung dieser Frage scheitern. <sup>1</sup>

---

1 Zitate einzellig und zentrisch dargestellt.

So heißt es in dem Leitartikel von Mathias Phillip in der HAZ vom 26. 5. 2006. Das ist auch keine Wunder, im Grunde haben sich die Gewerkschaften noch immer nicht ganz vom Marxismus – für den man Marx nur bedingt verantwortlich machen kann – gelöst. „Wenn unser starker Arm es will, stehen alle Räder still!“ ist nicht nur ein Phrase, sondern gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet, denn jede Kapitalvernichtung oder Verhinderung von Bildung neuem Sachkapitals läßt den Anteil des Kapitaleinkommens zu Lasten des Arbeitseinkommens steigen. Dem wiedergewählten Vorsitzenden des DGB, Michael Sommer, fällt nichts besseres ein, als zu fordern, das - sich als teuer und untauglich erwiesene - Instrument der staatlichen Umverteilung wieder in Gang zu setzen. Die alte Forderung aller Sozialisten nach dem vollen Arbeitsertrag und jene christliche Wirtschaftsethik, die einst zum Zinsverbot geführt hat, lassen sich aber nur wirksam und auf Dauer durchsetzen, wenn die dazugehörige Verteilung das Ergebnis eines Verteilungsprozesses ist und nicht der Versuch einer nachträglichen Korrektur.

Am 23. 5. war in der HAZ von Mathias Philipp unter anderem über unseren Bundespräsidenten zu lesen:

Horst Köhlers Vorgänger Johannes Rau war bei DGB-Bundeskongress 2002 gefeiert worden, da war ganz viel Gefühl dabei. Doch Köhler, der etwas hölzerne Ökonom, ist für viele Gewerkschafter immer noch der Präsident von Merkels und Westerwelles Gnaden. Er gehört nicht recht in diese DGB-Welt, in der viel von Solidarität die Rede ist, von Gerechtigkeit und Würde. Dabei wird er den Gewerkschaften an diesem Montag beweisen, dass all diese Begriffe auch in sein Repertoire gehören. ...

Am Schluß des Berichtes wird die Meinung von ver.di-Delegierten wiedergegeben:

Köhler habe „ein paar nette Ansätze“ gezeigt, sich dann aber an zentralen politischen Themen wie der Angst der Menschen vor Armut vorbeigedrückt, kritisiert Denia: „Wir hatten eine moralische Instanz erwartet und wurden enttäuscht.“

Ich habe einen anderen Bericht von einem anderen Ort in Erinnerung, wo der Bundespräsident durchaus die Armut – auch die mögliche im Alter - anspricht.<sup>2</sup> Aber Köhler, der Ökonom, läßt nicht erkennen, ob er die Ursachen und ihre Überwindung der Armut kennt. Köhler benennt auch die hohe Arbeitslosenzahl von 4,79 Millionen, kritisiert den Bürokratismus und erwähnt die hohen Lohnnebenkosten als Problem. Es macht aber noch keinen guten Präsidenten aus, wenn er die Probleme benennt, aber die Blockaden, die die Lösung der Probleme verhindern, nicht hilft zu beseitigen. Den Bürokratismus zu beklagen, aber nicht zu erwähnen, daß unsere ganze politische Unkultur darauf ausgerichtet ist, den Bürger in Unmündigkeit zu

2 Beispiel vom Katholikentag in Saarbrücken lt. HAZ vom 27. 5. 2006: „Und Bundespräsident Horst Köhler bezeichnet Armut und Hunger als `größte Bedrohung für den Weltfrieden.““

halten, damit die Bürokratie ihre Berechtigung behält, ist unehrlich. Unehrllich ist es auch, wenn von der Senkung der Lohnnebenkosten gesprochen wird, aber eine Lohnsenkung gemeint ist. Denn es sollen ja nicht die Lohnnebenkosten in einen regulären Lohn überführt werden, damit der Arbeitnehmer sein soziales Sicherungsnetz selber stricken kann, sondern es soll ja nur versucht werden a) die Kosten unsichtbar zu machen und b) anderen aufzubürden. Unehrllich ist es auch, die hohen Lohnnebenkosten zu erwähnen, die aber wesentlich mehr gestiegenen Kapitalkosten der Unternehmen nicht zu erwähnen. Mich hat auch der gutgemeinte Vorschlag unseres Präsidenten gestört, die Bürger mögen sich doch bitte an der Problemlösung beteiligen. Die Politik unsere Republik ist darauf angelegt, daß sich die Bürger nicht an den öffentlichen Angelegenheiten beteiligen, nicht einmal über ihre ureigenen Angelegenheit, wie die der Krankenversicherung ist eine Beteiligung erwünscht. Sie soll offensichtlich eine Domäne der „Sozialpolitik“ und der Verbandsfunktionäre bleiben. Das ursprüngliche Grundgesetz war keine Angelegenheit der Bürgerschaft, auch die jetzige Schein-Verfassung – ein Ergebnis der Parteienherrschaft – war keine Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger. Für die Europafassung war nach Meinung der Politikerkaste der Bürger weiblicher und männlicher Art auch zu dumm. Der Wähler soll die Politik legitimieren, er soll sich aber nicht einbilden Subjekt der Politik sein zu können. Was hat es da noch für einen Sinn, sich für die Republik ins Zeug zu legen. Die sicher manchmal gutgemeinten Aufrufe können bei dieser Sachlage nur noch als Zweckpropaganda gewertet werden. Und diese Volksverdummung wird nicht von unansehnlichen Extremgruppen veranstaltet, sondern von honorigen, meistens auch sympathischen Volks- und Verbandsvertretern und -Vertreterinnen.

Als ich mit der oben angeführten Arbeit begonnen habe, waren mir die Großveranstaltungen des DGB und der katholischen Kirche nicht bekannt, schon gar nicht das Motto des Katholikentages „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“. Indem ich mich in dieser Arbeit über Geld und Kapital auf scheinbar veraltete Quellen eingelassen habe, zeigt sich gerade auf dem Hintergrund vom Katholikentag und DGB-Kongreß, wie aktuell die von mir in Auszügen ans Licht gebrachten „veralteten“ Quellen sind.

Ich hätte natürlich meine Arbeit auf beide Großveranstaltung hin ausrichten können. Denn freigewählte Arbeit für alle und gerechter Lohne sind ja die Anliegen, die mit den Geld- und Kapitalthemen benannt sind. Für den Katholikentag wäre meine Arbeit aber geradezu passend gewesen, denn drei Autoren (von Nell-Breuning, Kleinhappl und Heinrichs) waren Priesterge-

lehrte und dann noch der Titel „Die Todsünde der Nationalökonomie“ von Otto Conrad.

Der Leitartikel von Simon Benne in der HAZ vom 29. 5. 06 lautet „Kirchen – Mehr als Politik“ Nachdem er einen Zusammenhang zwischen dem Papstbesuch in Polen und dem Katholikentag aufgezeigt hat, heißt es bei ihm:

Doch der Papst instrumentalisiert die Shoa mit solchen Äußerungen nicht für missionarische Zwecke. Er deutet vielmehr an, welche Rolle die Kirchen heute spielen können: Religion soll ein Schutzraum vor Ideologien sein, die die gottgegebene Würde des Menschen nicht achten.

Die Frage ist, wie weit den Kirchen die Schutzraumfunktion verwehrt ist, weil sie selber (zeitweise oder partiell) eine Ideologie kultivieren. Der organisierte Glaube richtet sich wie jede andere Organisation auf den Erhalt und die Expansion der Organisation aus. Die Wahrheiten oder die Ziele der Organisation sind dabei immer in Gefahr auf der Strecke zu bleiben.

Die Kirchen als große Grundeigentümer Nutznießer des Bodenunrechtes werden mehr Aufwand treiben für die Rechtfertigung der jetzigen Verhältnisse als für die Förderung eines Bodenrechtes, daß die Würde des Menschen bewahrt und den ökologischen Schutz der Natur ermöglicht.

Das Christentum als „Gegenreligion“, die dem allgegenwärtigen Glauben an die Propheten des Konsums und der Totalvermarktung des Menschen trotz - das wünschten sich auch viele der Kirchenvertreter in Saarbrücken, die „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“ forderten. Es ist bemerkenswert, dass die grundsätzlichsste Kapitalismuskritik heute gerade von denen kommt, die mit dem Kommunismus schon über Kreuz waren, als westdeutsche Studenten Marx noch für den Messias hielten. Die Ablehnung von beidem hat dieselbe Wurzel: Kritik am spirituell magersüchtigen Materialismus.

Der Materialismus und der Idealismus sind Geschwister in der Ideenwelt. Beide können die Menschen beflügeln wie zu zerstörerischem Handeln veranlassen. Im Namen und für einen Gott wurde schon viel geraubt und gemordet. Die Überlegenheit einer Weltanschauung (auch in Form einer Religion) erweist sich im konkreten und gegenwärtigen Handeln, das die Rechte künftiger Generationen mit berücksichtigt.

Mit der Kapitalismuskritik haben wir ein zweischneidiges Schwert, mit dem wir auch das zerstören können, was wir schützen möchten, z. B. Die persönliche Freiheit und Autonomie. Eine Kapitalismuskritik muß also damit beginnen, das Wesen des Kapitalismus zu bestimmen

und zu zeigen, was denn den Kapitalismus von der Marktwirtschaft unterscheidet.

### Der andere Blick

Egal, ob es ums Horten oder ums Umverteilen von Geld geht - Gläubige können einen grundlegend anderen Blick auf die materiellen Güter werfen, weil sie in ihren Augen eben nicht alles sind. Es gibt Dinge, die man nicht zählen, messen oder wiegen kann - auf diese Erkenntnis haben die Religiösen hier zu Lande beinahe ein Copyright.

Daß das Wort *Horten* in einem Leitartikel der HAZ vorkommt, ist schon fast ein Wunder. Vielleicht wurde es auch nur auf dem Kirchentag aufgeschnappt und gar nicht verstanden. Mein Text Nr. 37 auf meiner Internet-Startseite oder auf der beigefügten CD-ROM, der eine Stellungnahme zu einer Bundestagspetition ist, befaßt sich mit der Bedeutung von hortbaren Geld für die Marktwirtschaft insgesamt und der Arbeitslosigkeit speziell. Da unser Wissen – bei noch so guter Ansammlung – nicht ausreicht die Welt zu deuten, sind wir auf unsere Fähigkeit zu glauben angewiesen. Eine große Gefahr für die Freiheit des Denkens ist, daß sich manche Vertreter von Religionen so aufführen, als hätten sie ein Copyright auf Glaubensinhalte. Toleranz gegenüber Andersgläubigen setzt die Einsicht voraus, daß es neben der eigenen religiösen Wahrheit noch viele andere gibt.

Natürlich wäre es naiv, eine Welt, die im kapitalistischen Hochbetrieb auch verglühen kann, mit dem revolutionären Grundsatzprogramm von Glaube, Liebe und Hoffnung erlösen zu wollen. Menschen müssen wissen, dass sie nie eine vollkommen gerechte Gesellschaft erschaffen werden - und zugleich dürfen sie nicht aufhören, es zu versuchen. Die Kirchen haben es dabei leichter als die Politiker, die nur scheitern können, beim Versuch, die reine ethisch Lehre in Gesetzesform zu gießen.

Die Welt im kapitalistischen Hochbetrieb kann nicht nur verglühen, sie muß in unregelmäßigen Abständen verglühen, weil das ihre Existenzvoraussetzung ist. Der Glaube, die Liebe und die Hoffnung kann uns die Kraft geben, die Ursachen des zerstörerischen Prozesses zu erkennen und unseren Willen zur Änderung stärken, sie können aber die Analysen und die erforderlichen Maßnahmen nicht ersetzen. Ob Politiker es schwerer haben als Theologen oder Kirchenlaien ist zu bezweifeln. Der Erkenntnisweg ist für alle beschwerlich. Und bei der rechtlichen Fassung der notwendigen Veränderungen sind die unterschiedlichen Interessen aller Beteiligten störend im Wege.

Das politische und soziale Engagement der Kirchen für Gerechtigkeit in der Gesellschaft ist unverzichtbar. Doch die Kirchen müssen sich davor hüten, zu bloßen Sozialagenturen mit denkmalgeschützten Amtssitzen zu werden. Sie haben der Gesellschaft gerade dann etwas Originäres zu geben, wenn sie die Erinnerung daran wachhalten, woher ihre soziale Gesinnung kommt: aus der Vorstellung, dass die Menschenwürde unverfügbar ist, weil sie unter dem Schutz dessen steht, der selbst Unverfügbar ist. Dazu müssen die Christen neben allem politischem Engagement auch ihre eigenen religiösen Wurzeln pflegen – oder sie wieder neu entdecken.

„Sozialagenturen mit denkmalgeschützten Amtssitzen“ ist kein schöner aber deutlicher Begriff. Es fehlt nur noch der Hinweis ... „die erst tätig werden, wenn festgestellt wurde, wer der Kostenträger ist.“ Das Soziale (gerade in Form der Zwangskollektive) ist doch im Kapitalismus nur das (Trost-)Pflaster für die täglichen ökonomischen Schürfwunden. In der vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft kann das Soziale integrativer Bestandteil der Ökonomie werden. Kapitalismus bedeutet: Fressen oder gefressen werden. Marktwirtschaft bedeutet: Leben und leben lassen. Es ist die Frage, ob die katholische Hierarchie (und die evangelische) ihren Priestern, Pfarrern und (anderen) Gläubigen diesen Erkenntnisweg gehen lassen. Mir sind mit Johannes Ude und Johannes Kleinhappl zwei katholische Priestergelehrte bekannt, die diesen Weg nicht gehen durften und in die innere Emigration getrieben wurden.

Aus: Alles, was gerecht ist von Simon Benne (HAZ vom 27. 5. 2006)

Alles wie beim Evangelischen Kirchentag in Hannover, nur eine Nummer kleiner und mit dem Unterschied, dass die Halstücher diesmal grün sind. „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“ steht darauf, das das Leitwort des Christentreffens.

„Freiheit ohne Gerechtigkeit, das ist die Freiheit des Stärkeren“, sagt Hans Joachim Meyer, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Die meisten der vielen Politiker, die nach Saarbrücken gekommen sind, verstehen den Satz als Aufforderung, übers Soziale zu reden. Angela Merkel wirbt nicht nur für den Gottesbezug in der EU-Verfassung, sie warnt auch vor Gleichgültigkeit gegenüber Arbeitslosigkeit.

Überraschend oft ist Kapitalismuskritik zu hören: „Wettbewerb ist hocheffizient - aber wenn er sich ungezügelt entfaltet, wird die Welt ungerechter“, sagt [Saarlands Ministerpräsident Peter Müller (CDU) bei einer Podiumsdiskussion.

Und Bundespräsident Horst Köhler bezeichnet Armut und Hunger als „größte Bedrohungen für den Weltfrieden“.

Vieles, was über Gerechtigkeit gesagt wird, klingt richtig, konsensfähig und kostet nichts. Aber das war beim Evangelischen Kirchentag in Hannover ähnlich. Damals stand Familienpolitik („Wenn Dein Kind dich morgen fragt...“) im Mittelpunkt.



Heute, ein Jahr später, gibt es kaum ein Thema, das so leidenschaftlich diskutiert wird. Welche Impulse vom Katholikentag ausgehen, wird sich zeigen - gebraucht werden sie auch in der eigenen Kirche.

Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens benennen durchaus vorhandene Probleme. Sie entfalten auch Aktivitäten zu ihrer Behebung. Nur an die Wurzel der Ursachen gehen sie nicht. Es gibt auch MitbürgerInnen, die vom Eingreifen bei vorkommender rechter Gewalt reden. Im konkreten Fall aber einen weiten Bogen um den Ort des Geschehens machen. Das ist genau die Haltung, die von „unseren Politikern“ und Sozialwissenschaftlern bei den anstehenden Problemen eingenommen wird.<sup>3</sup>

Ich habe also ziemlich spät durch die Medien von dem Katholikentag erfahren und fand dann im Internet eine Startseite, die es ermöglichte in hundert Worten zu beschreiben, was man unter Gerechtigkeit versteht. Ich las dort viele gute Einträge, aber auch solche, die mir nicht gefielen, weil die Verantwortung für die Gerechtigkeit Gott zu geschoben wurde oder weil man zum Ausdruck brachte Gerechtigkeit sei nur ein Traum. Gerechtigkeit hat aber mit dem Recht zu tun, mit dem was wir Naturrecht und dem was wir positives Recht nennen. Es bildet den Handlungsrahmen in dem wir uns sicher bewegen sollen. So wie wir für unser Recht zuständig sind, so sind wir es auch für die Gerechtigkeit. Bei dem Erkennen und Schaffen von Recht müssen wir nicht nur auf unsere Erfahrungen bauen, sondern auch versuchen den Schöpfungsplan – nennen wir in göttlich oder natürlich - zu erkennen oder wenigstens zu erahnen. Dann sind da ja auch noch die religiösen Basisbücher, von denen die Gläubigen annehmen, daß sie von Gott sind oder unter Gottes Anleitung entstanden sind, als Fundgrube da. In ihnen finden sich ja Weisheiten, die aus der Erfahrung unzähliger Generationen geschöpft wurden und auf Zeiten verweisen, von der keine schriftlichen Aussagen vorliegen. Was ich damit sagen will, ist, daß wir uns in Bezug auf die Schaffung von Gerechtigkeit nicht hinter Gottes Güte oder Allmacht verstecken können. Wir Menschen selbst sind für die Gerechtigkeit zuständig und verantwortlich. Auch gibt es unabhängig davon, was wir glauben, genügend vernünftige Gründe die Bibel und andere religiöse Bücher nach dem zu befragen, was die Menschen vor uns als gerecht oder ungerecht hielten.

In Bezug auf die Internetaufforderung in hundert Worten zu beschreiben, was die Leserin, der Leser für Gerechtigkeit hält, hatte ich vor, ein Zitat von Henry George einzufügen. Bei der

---

3 Natürlich gilt auch diese pauschale Aussage nur mit der üblichen Einschränkung und den Hinweisen auf Ausnahmen.

Suche danach fand ich dann noch ein Zitat von Silvio Gesell, das das Thema Gerechtigkeit an wesentlicher Stelle unserer Ökonomie berührt. Ich stellte dann aber fest, daß nur eigene Formulierungen von der Redaktion akzeptiert wurden. Ich habe dann geschrieben:

Gerechtigkeit ist etwas Diesseitiges, es bezieht sich auf das Recht, das die menschlichen Verhältnisse regelt. Ein göttlicher Geist mag uns helfen, herauszufinden, wie wir mehr Gerechtigkeit unter den Menschen herstellen. Im wesentlichen muß aber unsere Vernunft und unser Herz, das nach Gerechtigkeit dürstet, den Acker der Gerechtigkeit bestellen.

Die größte Schwierigkeit bei dieser Arbeit ist, daß die vorhandenen Institutionen und Strukturen als von der Natur oder von Gott vorgeben betrachtet werden. Die zweitgrößte Schwierigkeit besteht darin, daß wir uns nicht auf unsere Einsicht verlassen, sondern auf unsere Stellvertreter aller Art.

Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit sind als erlebbare Gerechtigkeit möglich.

Ich weiß nicht, ob das heraus gelesen wird, was ich meine. Ich kann es nur hoffen. Nun aber zu dem Zitat von Henry George aus der Zeitschrift *Fragen der Freiheit* (Hrsg.: [www.sfo.de](http://www.sfo.de)), Heft 245, Okt.-Dez. 1997 mit dem Generalthema „Fortschritt und Armut – Leben und Werk Henry George“

Ogleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht auf das ärgste verzerrt, bildet das Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die Leidenschaften erregen mag - der Konflikt wird sich nicht so sehr um die Frage: »Ist es weise?« drehen, wie um die Frage: »Ist es recht?«

Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetze des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen. Weise ist nur, was gerecht ist; dauernd ist nur, was recht ist.

Henry George

Im Heft 261 der *Fragen der Freiheit* vom Januar-März 2002 mit dem Generalthema „Ökologie – Ökonomie – Politik“ findet sich folgendes Zitat:

»... Die Erde gehört niemandem, auch nicht den Völkern, auch nicht den Staaten. Die Erde, und mit ihr die Kohle, gehört der Menschheit! Alle, ohne Ausnahme, alle Menschen haben das gleiche Recht, sich mit Kohle dort zu versorgen, wo die Kohle gewachsen ist. Und spreche ich es gerade aus: Es ist Leichtsinn, es ist Unsinn, von Frieden ... zu reden, solange obiger Satz nicht zu einem allgemein anerkannten Menschenrecht wird.«

Silvio Gesell  
(aus: „Freikohle: die Formel für den Frieden in Oberschlesien“)<sup>4</sup>

Wenn Gesell heute leben würde, würde er nicht mehr von Kohle und Oberschlesien sprechen, sondern vom Öl in den Förderländern.

Ich komme zum Schluß auf die Evangelische Kirchengemeinden in meinem Wohnumfeld zu sprechen; diese hoffen mit einer Selbsthilfeaktion ihre Finanznot zu lindern, dabei aber ungewollt aus geschichtlicher Vergessenheit und ökonomischer Unkenntnis ihren Anspruch auf Ethikkompetenz desavouieren, ihrem Anspruch die Glaubwürdigkeit rauben.<sup>5</sup>

In der *Neustädter Zeitung am Samstag* vom 20. 5. 2006 war zu lesen:

### „Stiften eröffnet Zukunft“ - Michaelis Stiftung lädt ein Flöte, Harfe und Festvortrag des Landesbischofs i. R.

Neustadt (dgs). Mit einem musikalischen Auftakt in der Liebfrauenkirche wollen Vorstand und Beirat der neugegründeten Michaelis Stiftung am Mittwoch, 21. Juni, um 20 Uhr ihre Arbeit der Öffentlichkeit vorstellen. Dazu hält der Landesbischof im Ruhestand, Horst Hirschler, einen Festvortrag. Der Abt des Klosters Loccum referiert zu dem Thema „Stiften ist Zukunft“. Einen besonderen Hörgenuss verspricht dazu die Musik für Flöte und Harfe der Geschwister Birgit und Christoph Bachhuber.

4 Da ich der Meinung war, daß in dem Zitat ein Übertragungsfehler ist, habe ich den ganzen Artikel im Band 13 . 1921 – 1922 der Gesammelten Werke von Silvio Gesell gelesen und ihn korrigiert. Es hat sich für mich gelohnt, den ganzen Artikel zu lesen.

5 Ich habe das Thema bereits im Haupttext aufgegriffen.

Nach einem Grußwort von Super von Superintendent Michael Hagen und Bürgermeister Uwe Sternbeck werden an diesem Abend die Vorstandmitglieder der Michaelis Stiftung, Gehard Luft und Thomas Schlichting, über die Aufgaben und Ziele der Stiftung informieren. Insgesamt drei Stiftungen sind – entsprechend der drei Regionen – im Kirchenkreis in den vergangenen Monaten ins Leben gerufen worden. Grund: Die Einkünfte der Kirche nehmen seit Jahren ab. Um das „lebendige christliche Leben“ in den Gemeinden aufrechtzuerhalten und auch Menschen in Not weiter zu helfen, sollen Stiftungen die kirchliche Arbeit in Zukunft finanziell absichern. Der Kirchenkreis hat der Stiftung, der die Gemeinde Neustadt-Liebfrauen und -Johannes, Bordenau, Mardorf, Poggenhagen und Schneeren angehören, ein Startkapital von 80.000 Euro zur Verfügung gestellt, das als Stiftungsvermögen für immer erhalten bleibt und natürlich möglichst aufgestockt werden soll. Aus den Zinsen soll langfristig die kirchliche Arbeit unterstützt werden.

Ärgerlich ist, daß ich scheinbar gegen den guten Willen – der hier sichtbar wird - und die daraus folgenden Taten argumentiere. Das stimmt aber nicht. Ich mache nur auf die Problematik des Instrumentes aufmerksam, das hier angewendet werden soll. Der Vorgang wird auch dadurch nicht erfreulicher und richtiger, wenn die FDP auf kommunaler Ebene das Gleiche versucht. Die HAZ meldet in der Ausgabe vom 23. 5. 2006 folgendes:

### FDP will „radikale Umkehr“ Parteitag beschließt Konzept zum Schuldenabbau

VON BERNHARD KOCH

Die FDP Hannover setzt in der Kommunalpolitik auf den „möglichst schnellen Abbau der erdrückenden Schuldenlast“ der Stadt. Die Liberalen wollen eine „radikale Umkehr“ in der Finanzpolitik, heißt es im Programm zur Kommunalwahl, dem etwa 50 FDP-Mitglieder am Montagabend bei einem Parteitag mit großer Mehrheit zustimmten. Mit der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen wie Grünpflege und dem Verkauf städtischer Anteile an der Wohnungsgesellschaft GBH, der Messe und des Flughafens Hannover-Langenhagen strebt die FDP „mittelfristig“ einen ausgeglichenen Haushalt an. „Unsere Vorschläge sind nicht neu, sie sind aber immer noch richtig“, meinte Hannovers FDP-Chefin Claudia Winterstein.

Die Stadt gebe jährlich rund 60 Millionen Euro mehr aus, als sie einnimmt, sagte FDP-Ratsfraktionschef Wilfried Engelke, der das Wahlprogramm im Hotel Schweizerhof vorstellte. Der Gesamtschuldenstand einschließlich der Eigenbetriebe betrage mittlerweile rund 1,3 Milliarden Euro. Wegen der „desaströsen Finanzlage hat Hannover“ kein Geld mehr für Vereine, Schwimmbäder, Museen, freie Theater oder Brunnen.

Die Erlöse aus dem von der FDP vorgeschlagenen Verkauf städtischen Tafelsilbers, so sieht es das Konzept der Liberalen vor, fließen als Stammkapital in eine „Hannover-Stiftung“. Damit die Substanz des Vermögens erhalten bleibt, sollen nur Kapitalerträge, also Zinsen, zur Schuldentilgung verwendet' werden. ...

Zu der Meldung der Neustädterzeitung habe ich folgenden Leserbrief geschrieben, der in der nächsten Ausgabe erscheinen soll:

Neustädter Zeitung  
[redaktion@neustaedter-zeitung.de](mailto:redaktion@neustaedter-zeitung.de)

Leserbrief zu

>„Stiften eröffnet Zukunft“ - Michaelis Stiftung lädt ein<  
NZ vom 20. Mai 2006

Egal ob es eine Person oder eine Personengruppe ist: Wenn es finanziell eng wird, ist es immer gut, Ausschau zu halten wie man sich selber helfen kann. Die Kirchen haben nicht nur aufgrund der geringeren Kirchensteuereinnahmen Anlaß über die Finanzierung ihrer Arbeit nachzudenken, sondern auch darum, weil die Kirchensteuer eines Tages ganz ausfallen könnte.

Aber so wie vom Individuum erwartet wird, daß er seine Selbsthilfe innerhalb geltender Gesetze organisiert, so muß von der Kirche, die als Fachorgan in Sachen Ethik auftritt, erwartet werden, daß ihre Selbsthilfe moralisch einwandfrei ist und nicht den Trend zur Verarmung der Masse noch verstärkt. Die Zinslast beträgt für die Haushalte aber bereits ein Drittel des Nettoeinkommens. Diese Last wird nur deshalb nicht wahrgenommen, weil sie als Kostenbestandteil in den Preisen steckt.

Der Zins wird nicht vom lieben Gott bezahlt, sondern wird dem Arbeitsertrag abgezwickelt. Nur ein Zehntel der Bürger sind beim Saldieren von Soll- und Habenzins Gewinner.

Würden die Gläubigen von der Zinslast befreit, könnten sie spielend aus ihrem Arbeitsertrag den Ritus und tätige Nächstenliebe finanzieren. Aber „wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit“!

Da aber in einem Leserbrief dieser Themenkomplex wirklich nicht untergebracht werden kann, lade ich zu einer Lesereise unter dem Titel „Das Geld, das „Giralgeld“, das Kapital, der Zins und die Produktionsfaktoren haben schon viele kluge Köpfe verwirrt“ ein. Der Text ist unter der Nr. 38 „Aktuell“ der Internet-Startseite [www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de) zugänglich.

Es kommen u. a. Drei Jesuiten, Professoren der Ökonomie und Philosophie zu Wort: Oswald von Nell-Breuning, lange Nestor der katholischen Soziallehre, Johannes Kleinhappl, der mit Lehrverbot bedacht wurde, weil er an Thomas von Aquin festhielt und es folgt Johannes Heinrichs, der aufgrund von Unvereinbarkeiten seinen Orden und die Hochschule St Georgen in Frankfurt verlassen hat.

Zu der Meldung über die Ziele der hannoverschen FDP ist anzumerken:

- a) von einer „radikalen Umkehr“ ist nichts zu merken. Es bleibt bei der politischen Flickschusterrei und der Verfälschung der Begriffe.
- b) Weil die große Politik nur vorgibt ihre Hausaufgaben zu machen, wird es bei der Verschuldungspolitik der Kommunen bleiben. Die Verschuldung und die Zinslast werden schneller wachsen als die Zinsen aus dem Stiftungskapital, so daß schon vor der Installation einer solchen Stiftung feststeht, daß sie ihr Ziel nicht erreichen kann.
- c) Die Privatisierungen staatlicher Aufgaben und staatlichen Eigentums und die daran geknüpften Erwartungen sind völlig konfus. Ordnungspolitisch macht es durchaus einen Sinn durch Privatisierungen Freiräume für gesellschaftliche autonome Einheiten zu schaffen. Wir brauchen keine staatlichen (oder öffentlich-rechtlichen) Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Sozialversicherungen mit Zwangsmitgliedschaften, Kreditanstalten etc.. Es ist aber völlig verkehrt, den Boden, der sich in staatlicher Hand befindet, zu privatisieren, weil dem Boden wie der Luft die Tauglichkeit zum Privateigentum fehlt. Anstatt Boden zu verkaufen, müßte die Devise lauten: „kaufen“ und „Nutzungsrechte vergeben“. Überall wo ein Eigentum mit einem Monopol verbunden ist, wie bei der Wasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung ist die Privatisierung auch aus ökonomischen Gründen unsinnig. Öffentliche Gebäude zu verkaufen und anschließend anzumieten verlagert nur die Lasten auf die nachfolgenden Generationen. Die Privatisierung des Bodens - auf dem z. B. die Gleiskörper der Bahn ruhen - bereichert die Spekulation an der Börse, macht das Volk aber ärmer. Bei der Privatisierung von Eigenbetrieben muß auch die vermutlich höhere Eigenkapitalverzinsung und die höhere Steuerlast berücksichtigt werden. Das Ergebnis einer Privatisierung kann leicht wie eine Steuererhöhung wirken, nämlich als ein Minusbetrag in den Kassen der Bürger.
- d) Die Entschuldung durch den Ausverkauf von Staatseigentum ist eine einmalige Entlastung, wenn dieser keine grundsätzliche Reform des Finanzwesens folgt, ist der alte Zustand bald wieder erreicht, ohne daß der Vorgang dieser Art Entschuldung wiederholt werden kann.
- e) Mein Eindruck ist der, daß die meisten Privatisierungen erfolgt sind, weil die Politik dem vagabundierenden Geldkapital eine rentierliche Anlage verschaffen wollte und mußte. Das ist aber keine gestaltende Politik, sondern nur die Benutzung eines zu kleinen Feuerlöschers zur Eindämmung eines großen Feuers, das so nicht gelöscht werden kann..

Armes Deutschland. Hoffnungsvolles Deutschland.

Ich hoffe meine Botschaft ist willkommen.

Es grüßt *Tristan Abromeit*